



## Protokollauszug zum MOBILITÄTS- UND UMWELTAUSSCHUSS

am Donnerstag, 09.03.2023, 17:00 Uhr, Kulturzentrum, Großer Saal

ÖFFENTLICH

TOP 1                      Strategie Parken und Einrichtung einer  
Parkkommission  
- mündlicher Bericht

---

### **Beratungsverlauf:**

BM **Manni** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Nachdem es zur Tagesordnung keine Änderungswünsche gibt, ruft er Tagesordnungspunkt 1 auf.

Der **Leiter** und der **stellvertretende Leiter** des Fachbereiches Nachhaltige Mobilität berichten anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt. Es wird auf den Antrag der SPD-Fraktion eingegangen. Die Ideen seien gut, jedoch sehr umfangreich und komplex. Das erste Treffen der Kommission sei auf den 22.03.2023 terminiert. Hierzu seien gestern die Einladungen verschickt worden.

BM **Manni** eröffnet die Aussprache.

Die Themen werden seit Jahren diskutiert, kritisiert Stadträtin **Liepins**. Der Antrag sei mit der Einführung einer Kommission nicht erledigt und die Antworten stehen noch aus. Eine neue Kommission einzurichten sei überflüssig und wenig zielführend. Es gebe bereits sehr viele Beteiligungsformen. Sie fordert weiterhin, ein Shuttle-Bus-Angebot an Eventtagen, auszuprobieren. Sofern Klausuren angedacht werden, dann müssen diese sehr gut vorbereitet sein. Zur Diskussion in einer Kommission brauche man eine ausgewogene Gruppe, um die Mehrheit der Bevölkerung abzubilden und ein repräsentatives Ergebnis zu erhalten.

Man brauche eine Struktur und Input von außen, so Stadträtin **Dr. Knoß**. Ihre Fraktion hätte der Kommission eine Chance gegeben, auch wenn die zahlreichen Termine, ohne Sitzungsgeldanspruch, für ein Ehrenamt allmählich zu viel seien. Sie wünscht sich Vor-Ort-Termine, auch für interessierte Anwohner und Initiativen. Sie spricht sich gegen eine Klausur aus, da diese meist ergebnislos sei. Man solle sich lieber im Ausschuss für die Themen mehr Zeit nehmen und gegebenenfalls Fachleute einladen.

Die Zeit für die Organisation und Durchführung einer Kommission sowie für die Auswertung der Ergebnisse solle für eine Konzeption genutzt werden, so Stadtrat **Klotz**. Eine Konzeption sei von seiner Fraktion bereits mehrfach eingefordert worden. Eine Kommission und dieses Format der

Bürgerbeteiligung sehe er als überzogen an. Über die Einrichtung einer Kommission wünscht er heute eine Abstimmung im Gremium. Man solle sich auf die Kernaufgaben konzentrieren und diese zielgerichtet abarbeiten und nicht Personal für neue Formate binden. Der Fachbereich habe genug Fachkompetenz, um eine Konzeption zu erstellen und dann im Ausschuss zu diskutieren. Die Einrichtung einer Kommission wird von seiner Fraktion abgelehnt. Der Antrag der SPD sei gut und er sehe diesen ebenso nicht als erledigt an. Er zeigt sich verwundert über die bereits

TOP 1                      Strategie Parken und Einrichtung einer  
                                 Parkkommission  
                                 - mündlicher Bericht

---

verschickte Einladung zur Kommission und fragt, wer hierzu eingeladen worden sei. Er bittet die Verwaltung diese Einladung zurückzunehmen. Dieses Thema könne auch in einer Klausur behandelt werden.

Stadtrat **Zeltwanger** wünscht Ergebnisse und nicht nur Beratungen. Er geht mit dem Wortbeitrag der SPD-Fraktion mit. Es müsse ein mehrheitlich tragbarer Kompromiss gefunden werden. Er lehnt ein weiteres Format ab. Der Ausschuss sei das Entscheidungsgremium. Er wünscht eine ganzheitliche Betrachtung. Schnittstellen sollen definiert und ein machbarer Weg aufgezeigt werden.

Stadträtin **Knecht** wünscht eine Gesamtkonzeption für alle Verkehrsteilnehmer. Ein weiterer Arbeitskreis sei nicht zielführend. Sie könne sich ebenso eine Wochenendklausur vorstellen. Im Ausschuss müsse diskutiert und ein Kompromiss gefunden werden. Begehungen seien wichtig. Die Initiativen können ihre Stellungnahmen einbringen. Ausreichend Parkplätze gebe es im Stadtgebiet nicht, merkt sie weiter an. Dauerparker müssen bis zu zwei Jahre auf einen Stellplatz in den kommunalen Parkhäusern warten. Sie erinnert an den Antrag 06/20 zum P+R Umstieg. Shuttle-Busse an Wochenenden seien sinnvoll. Der W&W Parkplatz solle mit einbezogen werden.

Stadtrat **Müller** sieht den Antrag der SPD ebenso nicht als erledigt an. Die Kommission eigne sich für die Entwicklung einer Konzeption. Ideen und Informationen könnten hier vermittelt und ausgetauscht werden.

Die Verwaltung solle diverse Varianten mit den jeweiligen Vor- und Nachteilen vorlegen, fordert Stadtrat **Maier**. Er wünscht eine zielgeführte Diskussion und keine ausufernden Debatten. Die Verwaltung solle klar darlegen, wie die Bürgerbeteiligung transparent und nachvollziehbar geplant sei.

Stadtrat **Link** regt die Abstimmung zur Kommission an.

BM **Manni** nimmt den Wunsch aus dem Gremium auf Abstimmung über die Einrichtung einer Parkkommission auf. Er lässt über die Einrichtung einer Parkkommission abstimmen.

Die Abstimmung erfolgt offen.

Mit 3 Ja- Stimmen, 8 Nein Stimmen und 0 Enthaltungen wird dies abgelehnt.

Nicht anwesend: Stadträtin Clausen

Der **Leiter** des Fachbereiches Nachhaltige Mobilität erkennt einen klaren Auftrag an die Verwaltung und nimmt diesen dankend an.

Der bereits anberaumte Termin zur Parkkommission wird abgesagt, so BM **Manni**. Er dankt für die Redebeiträge und die Diskussion. Die Verwaltung sei offen und freut sich über einen konstruktiven Austausch. Man werde künftig einen Input der Interessengruppen einholen und dann im Ausschuss diskutieren mit einer maximalen Transparenz zu den Formaten. Gegebenenfalls werden Stellungnahmen eingeholt. Parkplätze seien nicht ein reines Mobilitätsthema, sondern auch ein Wirtschaftsthema, merkt er an. Man werde künftig verschiedene mögliche Varianten aufzeigen und gegebenenfalls Fachexperten in den Ausschuss einladen. Umfangreiche und komplexe Themen könnten auch in einer Klausur erarbeitet werden. Gerne können auch Vor-Ort-Termine anberaumt werden. BM Mannl schließt diesen Tagesordnungspunkt.

TOP 1.1

Parkierungskonzeption  
- Haushaltsantrag der SPD-Fraktion vom 21.11.2021

Vorl.Nr. 411/21

---

#### **Beratungsverlauf:**

Stadträtin **Liepins** merkt an, dass der Antrag mit der heutigen Beratung nicht erledigt sei.

TOP 2

Ausweisung und Einrichtung weiterer Fahrradstraßen  
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom  
02.06.2022

Vorl.Nr. 198/22

---

#### **Beratungsverlauf:**

Es erfolgt ein Bericht durch den **Leiter** des Fachbereiches Nachhaltige Mobilität anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt. Er geht auf den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Nr. 198/22 ein. Die Vorschläge werden aufgenommen und vertieft geprüft. Es werden heute keine konkreten Planungen vorgestellt.

BM **Manni** eröffnet die Aussprache. Die Fahrradstraßen werden als Ausbaustufe und Aufwertung im Nebenroutennetz gesehen und nicht als Ersatz des Hauptroutennetzes. Zwei Vertreter des Jugendgemeinderates wollen sich an der Aussprache beteiligen. Das Gremium zeigt sich hiermit einverstanden.

Das Ziel sei es, das Radwegenetz zu vervollständigen und den zunehmenden Radverkehr zu bündeln und sicherer zu machen sowie zu verbessern, merkt Stadtrat **Handel** an. Ein Augenmerk solle auf den Sichtbeziehungen und dem Sicherheitsabstand liegen. Nebenrouten haben eine hohe Priorität. An einigen Stellen der Hauptradroute sei die Umsetzung eines vernünftigen Radwegestandards schwierig, wie an der Frankfurter Straße und Schorndorfer Straße. Der Radverkehr solle sichtbarer gemacht werden und zudem seien die Kosten für die Einrichtung überschaubar. Oft reiche eine farbige Gestaltung und Markierungen aus. Heute müsse nicht detailliert beraten werden. Er wünscht

eine Matrix zu den Kosten, zu den erforderlichen Umbaumaßnahmen, zu wegfallenden Parkplätzen und über die Vorteile sowie Nachteile. Er geht mit dem Vorschlag der Verwaltung mit dem Einstieg in die weitere Planung mit und sieht den Antrag mit der heutigen Beratung als erledigt an.

Stadträtin **Seyfang** befürwortet die Radstraßen und sichere Radwege, jedoch dürfen hierfür keine Parkplätze wegfallen. Eine Radstraße an der Monreposstraße und Nussackerweg sei nicht sinnvoll, da es hier zu viele Schwachstellen gebe. Durch Markierungen können Verbesserungen erreicht werden. Die Weimarstraße sehe sie bezüglich der Parkplätze als kritisch an.

Stadtrat **Raasch** fordert, dass erst das bestehende Radwegesystem besser kontrolliert werde, vor allem ab 18 Uhr und am Wochenende.

Das Netz solle weitergedacht und ausgebaut werden, meint Stadtrat **Maier**. Die Schwierigkeiten liegen im Detail. Prüfungen zum Ausbau und zur Beschilderung seien gut und das Netz solle weitergedacht werden. Fahrradstraßen seien eine attraktive Ergänzung.

TOP 2

Ausweisung und Einrichtung weiterer Fahrradstraßen  
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom  
02.06.2022

Vorl.Nr. 198/22

---

Stadträtin **Knecht** unterstützt grundsätzlich die Fahrradstraßen, jedoch dürfen keine Nachteile für die Anwohner entstehen. Die Bürgerbeteiligung und die Anwohner mitzunehmen sei wichtig, insbesondere bei Einbahnstraßenregelungen und Wegfall von Parkflächen sowie längerer Fahrwege. Sie stellt die Vorteile der Bus-Radtrasse in Frage. Eine parallele Fahrradstraße zur Beethovenstraße sei, aufgrund der Bus-Rad-Trasse, nicht sinnvoll. Sofern die Beethovenstraße tatsächlich eine beliebte Fahrradstraße sei, müsse man überlegen, ob die Hauptradroute auf der Schorndorfer Straße bleiben müsse oder verlegt werden könne. Hier müssen die Vor- und Nachteile abgewogen und die Bewohner einbezogen werden. Weiter fragt sie nach der Definition zur hohen Verkehrsdichte.

Stadtrat **Müller** sieht an der Katharinenstraße erhebliche Probleme. Die Bus-Radtrasse beginne an der Harteneckstraße und laufe nicht parallel zur Beethovenstraße, merkt er zum Wortbeitrag der Vorrednerin an. Zur Beethovenstraße gebe es parallel an der Schorndorfer Straße keine Fahrradspur. Dies sei jedoch eine interessante Ergänzung. Man müsse überlegen, an dieser Stelle die Hauptradroute in die Beethovenstraße zu verlegen. Eine Einbahnstraße in der Beethovenstraße sei aufgrund der Enge gut, insbesondere wegen entgegenfahrenden Radfahrern. Er geht weiter auf Senkrechtparkplätze ein und weist auf private Einfahrten hin.

Die Fahrradstraßen werden begrüßt, so **Vertreter** des Jugendgemeinderates. Die Beethovenstraße als Fahrradstraße sei aufgrund der hohen Schülerströme sinnvoll. Der Gehweg in der Beethovenstraße sei sehr breit und es wird die Frage gestellt, ob dieser zugunsten des entgegenkommenden Verkehrs verschmälert werden könne. Es wird nach der geplanten Zeitschiene gefragt.

Stadträtin **Dr. Knoß** geht auf die Senkrechtparkplätze an der Albrechtstraße ein. Diese seien gleich angeordnet wie an der Weimarstraße. Wenn Senkrechtparken in einer Fahrradstraße nicht sein dürfe, dann müssten die Parkplätze dort zurückgebaut werden, merkt sie an. Weiter habe sie sich im Zuge der Belagssanierung im Nussackerweg eine Verbesserung für die Radfahrer, insbesondere zur

Querung der Teinacher Straße und der Markgröninger Straße, gewünscht. Leider sei dies nicht umgesetzt worden. Sie regt eine Grünanforderung für die Radfahrer in der Markgröninger Straße an. Die Knotenpunkte sollen verstärkt untersucht werden.

Stadtrat **Link** regt an, dass der Radüberweg an der Frankfurter Straße besser beschildert werde.

Stadtrat **Zeltwanger** fragt nach der Definition zum Verkehrsaufkommen und will wissen, wie die geforderte Fahrbahnbreite für eine Fahrradstraße sei.

Nach Möglichkeit sollen Senkrechtparkplätze vermieden werden, so der **Leiter** des Fachbereiches Nachhaltige Mobilität. Das Radroutennetz werde im Detail auf die Funktionalität geprüft. Die Kontrollen müssen vermehrt erfolgen. Weiter geht er auf die Bus-Rad-Trasse ein. Hierzu gebe es bestimmte Vorschriften, wie Fahrbahnbreite und Steigungen. Der Begegnungsverkehr müsse gewährleistet werden. Eine Fahrradstraße benötige eine Fahrbahnbreite von 2,50 Meter pro Richtung. Zur Definition einer hohen Fahrraddichte gebe es keine absoluten Zahlen. Hier liege man in der Abwägung. Die Autodichte müsse mit weniger als 400 Fahrzeugen pro Stunde eher gering sein.

Eine Verschiebung des Gehweges verursache hohe Kosten, merkt BM **Manni** an. Eine Aussage zur Zeitschiene kann nicht gemacht werden, dies hänge von vielen Faktoren ab.

TOP 3	Sicherheitstechnische Verbesserung von Fußgängerüberwegen - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 14.07.2022	Vorl.Nr. 246/22
-------	---	-----------------

---

### **Beratungsverlauf:**

Es erfolgt ein Bericht durch den **Leiter** des Fachbereiches Nachhaltige Mobilität anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt. Er geht auf den Antrag Nr. 246/22 ein. Im Stadtgebiet gebe es keinen Zebrastreifen mit einem Sicherheitsdefizit und keine Unfallschwerpunkte. Die Nachmarkierung an der Fuchshofstraße sei zwischenzeitlich erfolgt. Es wird eine systematische Erfassung und eine Übersicht über alle Überwege erstellt.

BM **Manni** eröffnet die Aussprache. Für manche Überwege bestehe Bestandschutz.

Gute Sichtverhältnisse an Querungen seien wichtig, merkt Stadtrat **Handel** an. Ein Rückbau vorhandener Überwege solle nicht erfolgen. Poller oder Beete seien besser als Markierungen. Er bittet darum, die Reuteallee zu prüfen. Er sieht den Antrag mit der heutigen Beratung als erledigt an.

Stadtrat **Klotz** fragt, ob die Maßnahme an der Fuchshofstraße vorerst, bis zur Aufsiedlung, ein Provisorium sei. Der Bestandschutz solle beachtet werden und bestehende Zebrastreifen sollen erhalten bleiben. Zudem will er wissen, welche Vorschriften angewendet werden.

Stadtrat **Zeltwanger** fragt nach den Voraussetzungen für neue Fußgängerüberwege und will wissen, ob auch Verlagerungen möglich seien.

Vernünftig solle der Maßstab angesetzt und nur bei gefährdeter Sicherheit eingegriffen werden, merkt Stadtrat **Maier** an. Er geht mit dem Verwaltungsvorschlag mit.

Die Bürokratie und Vorschriften seien enorm, bemängelt Stadträtin **Knecht**. Positiv sei, dass es keine Sicherheitsdefizite gebe und der Bestandschutz greife. Sie fragt, ob die künftigen Zebrastreifen an der Sternkreuzung die erforderliche Breite einhalten. Sie wünscht eine Ausführungsplanung zu dieser Kreuzung.

Die derzeitige Verkehrsführung an der Sternkreuzung sei gut und solle so beibehalten bleiben, meint Stadtrat **Link**. Ein Kreisverkehr werde nicht gebraucht.

Skizzen zur künftigen Verkehrsführung an der Sternkreuzung seien bereits dem Gremium vorgestellt worden, merkt der **Leiter** des Fachbereiches Nachhaltige Mobilität an. Die Pläne zur Sternkreuzung werden im Nachgang der Sitzung dem Gremium zugeschickt. Es gebe verschiedene Vorschriften. Der Leitfaden des Landes baue auf die Richtlinien auf und präzisieren diese. Die Richtlinien seien verwaltungsintern bindend. Die Straßenverkehrsordnung gebe den rechtlichen Rahmen vor.

BM **Manni** geht auf die Sternkreuzung ein. Die zuführenden Straßen zu den Zebrastreifen an der Sternkreuzung seien einspurig. Man versuche im Stadtgebiet möglichst alle Zebrastreifen zu erhalten. Der Endausbau an der Fuchshofstraße erfolge erst nach der Aufsiedlung. Sukzessive versuche man die gewünschten neuen Zebrastreifen im Stadtgebiet umzusetzen.

BM **Manni** schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.